

Anfrage öffentlich	Datum 04.04.2024	Nummer F0129/24
Absender Fraktion FDP/Tierschutzpartei - Stadträtin Evelin Schulz		
Adressat Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 04.04.2024	
Kurtitel Lange Wartezeiten beim Erhalt von Geburtsurkunden		

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

den Leserbrief vom 28.03.2024 in der Volksstimme¹ nehme ich noch einmal zum Anlass, um eine schnellere Lösung zum Ausstellen der Geburtsurkunden einzufordern. Die damalige Übergangslösung mit dem beglaubigten Schriftstück (schriftliche Geburtsanzeige - siehe Anlage) durch die Kliniken wurde wieder abgeschafft. Mit dieser beglaubigten Kopie wurde bescheinigt, dass eine Geburt stattgefunden hat und diese damit auch ersichtlich bestätigt.

Zunehmend wird auch das Personal der Geburtsstationen mit dieser Frage konfrontiert. Durch ihre Aussage an die Eltern, dass diese umgehend zum Standesamt gehen sollen um die Geburtsurkunde für ihr Kind zu beantragen, wird zudem die Glaubwürdigkeit des Personals und der Geburtsstationen untergraben.

Ohne die Geburtsurkunde erhalten die Eltern keinerlei Zugang zu Leistungen der Krankenkassen (für das Neugeborene) und können kein Elterngeld und Erziehungsgeld beantragen. Ebenso kann auch beim Arbeitgeber erst ein Nachweis mit Erhalt der Geburtsurkunde erfolgen. Erst dann können Mutterschutz und Elternzeit taggenau ausgerechnet werden.

Durch steigende Personalprobleme auch in den Ämtern, wird der Zeitraum bis zum Erhalt der Geburtsurkunde stetig länger. Alle Anträge können erst mit erheblichem Zeitverzug bearbeitet werden. Die Bearbeitung der Anträge bedarf im Nachgang wiederum einen verlängerten Zeitraum. Bei allen Personalproblemen ist dieser Zeitraum nicht angemessen. Eltern, welche auf die Leistungen angewiesen sind und keine Möglichkeiten haben, eventuell auf Freunde, Verwandte oder Bekannte zurückzugreifen, sind extrem belastet. Zu diesen Problematiken ergeben sich mir nachfolgende Fragen:

1. Welche Gründe führten zur Abschaffung der schriftlichen Geburtsanzeige?
2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, ein solches Schriftstück oder Ähnliches wieder einzuführen?
3. Welche rechtlichen Vorschriften müssen beachtet und umgesetzt werden?

4. Welcher Mehraufwand würde mit einer solchen Einführung auf die Kliniken zukommen und wie kann dieser so gering wie möglich gehalten werden?
5. Sollte es zur Wiedereinführung einer schriftlichen Geburtsanzeige kommen, muss darüber nachgedacht werden wie die Handhabe mit den freiberuflichen Hebammen erfolgen soll. Welche Möglichkeiten sehen Sie hier?
6. Ebenso sollte geregelt werden ob, ähnlich wie bei der Arbeitsagentur und dem Jobcenter, eine Rückforderung bei nicht korrekten Angaben möglich ist. Das Ausstellen eines offiziellen Dokuments (Urkunde) sollte selbstverständlich erst nach Abschluss der Prüfung erfolgen. Welche Möglichkeiten sehen Sie hier?
7. Wird bei der Ausstellung von Geburtsurkunden aktuell eine Priorisierung im Amt vorgenommen?

Wenn ja, wie sieht diese aus?

Wenn nein, wie stehen Sie dazu, die Bearbeitung der Unterlagen, welche vollständig und korrekt ausgefüllt sind, zu priorisieren?

Es muss zu einer Lösung kommen, bei der den Eltern die rechtmäßige Urkunde oder ein ähnliches Schriftstück ausgehändigt werden kann.

Ich bitte Sie, um eine ausführliche schriftliche Antwort mit Ihrer Einschätzung zur aktuellen Handhabe sowie Lösungsvorschlägen, welche allen Beteiligten gerecht werden.

Evelin Schulz
Stadträtin

Anlage: Schriftliche Geburtsanzeige

¹Leserbrief vom 28.03.2024 von Miriam Meyer und Matthias Heinrichs (Magdeburger Volksstimme)

Leserbrief |

Acht Wochen warten auf eine Geburtsurkunde

Zur Berichterstattung über Verzögerungen bei der Ausstellung von Geburtsurkunden:

Am 13. Februar war es soweit. Unsere Tochter Leni kam zur Welt. Am 16. Februar durften wir schon aus dem Krankenhaus entlassen werden, fuhren auf direktem Weg zum Standesamt und brachten alle Unterlagen dorthin. Nach drei Wochen riefen wir im Standesamt an und fragten, wann wir die Urkunde abholen dürfen. Dort hieß es, dass es mindestens noch drei bis vier Wochen dauern würde. Dass am Ende insgesamt acht Wochen benötigt werden, ein solch wichtiges Dokument auszustellen, welches Eltern zwingend benötigen, um alle Anträge stellen zu können, ist

für uns ein Ding der Unmöglichkeit. Rings herum um Magdeburg werden Geburtsstationen zugemacht, sodass man gar keine andere Möglichkeit hat, woanders hinzugehen, und die Stadt reagiert nicht. Man nagelt die Eltern darauf fest, spätestens sieben Tage nach der Geburt die Unterlagen einzureichen, und hält sich selber nicht an die Fristen. Es gibt Eltern, die aufgrund dieser Tatsachen ihren Kindern weder Essen noch Windeln kaufen können, denn die nachfolgenden Ämter müssen die Anträge auch noch genehmigen. Für uns wird hier gezeigt, wie familienunfreundlich die Stadt ist und es schon am Anfang eines Lebens scheitert. Als frisch gebackene Eltern sind wir maßlos enttäuscht und erbost über dieses Verhalten und kratzen unsere letzten Cents zusammen, um unser Kind zu ernähren. Das sollte so nicht sein und ist ein Ding der Unmöglichkeit.

**Miriam Meyer und
Matthias Heinrichs**